

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landesrat Rudi Anschober

Kriminalwissenschaftler **Prof. Dr. Christian Pfeiffer**,
ehem. Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts
Niedersachsen

24. April 2018

zum Thema

**Gewalt- und Radikalisierungsprävention in OÖ –
nächster Runder Tisch des Netzwerks Deradikalisierung**

**Prof. Dr. Pfeiffer präsentiert die aktuellen Forschungsergebnisse
aus Deutschland: wie Integration Radikalisierung verringern kann**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

Gewalt- und Radikalisierungsprävention in OÖ – nächster Runder Tisch des Netzwerks Deradikalisierung – Prof. Dr. Pfeiffer präsentiert die aktuellen Forschungsergebnisse aus Deutschland: wie Integration Radikalisierung verringern kann

Gemeinsam mit allen anderen Beteiligten schaut das Integrationsressort in Oberösterreich ganz genau auf Risiken einer Radikalisierung von Einzelnen – gleichgültig, ob im Bereich Dschihadismus oder im Bereich Rechtsradikalismus. Auch zwei Angriffe auf Flüchtlingsquartiere in Oberösterreich (Brandanschlag, Schüsse) sind immer noch ungelöst. Dabei ist es für das oö. Integrationsressort entscheidend, nichts unter den Teppich zu kehren, sondern professionell hinzuschauen, Indizien und Entwicklungen zu erkennen und Gegenmaßnahmen zu setzen. Genau dem dient der regelmäßig, auch heute tagende Runde Tisch "Deradikalisierung" unter Leitung von Integrations-Landesrat Rudi Anschober, bei dem über aktuelle Beobachtungen von den Teilnehmer/innen von Exekutive bis Verfassungsschutz, von Streetworkern bis zu Quartiergebern u.v.a.m. informiert und über notwendige Gegenmaßnahmen beraten wird. Gast heute ist DER deutsche Kriminologe Prof. Dr. Christian Pfeiffer, ehem. Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen. Das Hauptergebnis seiner aktuellen Forschungsergebnisse: stark präventiv gegen Radikalisierung wirkt eine möglichst früh beginnende, umfassende Integrationsarbeit in kleinen, dezentralen Strukturen.

Integrations-Landesrat Anschober kritisiert auch aus diesem Grund vehement die geplanten Streichungen durch die Bundesregierung bei der Integrationsarbeit: es drohen Kürzungen und Unklarheiten bei den Deutschkursen, Kürzungen bei Qualifizierungsmaßnahmen, Kürzungen bei der Arbeitsmarktintegration. LR Anschober: „*Wer Integration zerstört, schafft bewusst Probleme.*“

Beim Radikalisierungsrisiko geht es um Risikogruppen und verschiedene Risikobereiche. Daher wird mit dem "Runden Tisch Deradikalisierung" in OÖ genau beobachtet, ob sich in Schulen, Jugendzentren, auf der Straße, in Betrieben oder Asylquartieren in Einzelfällen problematische Tendenzen abzeichnen. Vier Mal jährlich tauschen sich dabei Exekutive, Schulbehörde, Streetworker, Integrationsmitarbeiter/innen etc. aus.

Hinschauen, sensibel sein, gegensteuern, Vorsorgemaßnahmen - das ist die Strategie

des Integrationsressorts. Die Fülle an Maßnahmen im Bereich der Asylquartiere hat sicherlich dazu beigetragen, dass es in deren Umfeld bis auf einige wenige Einzelfälle relativ ruhig geblieben ist. Doch im Bereich der Integration für Asylwerbende drohen durch die Bundesregierung massive Einschnitte, so soll auch das in OÖ sehr gut angelaufene Konzept „Integration ab Tag 1“, z.B. durch über 20.000 Deutschkurs-Plätze schon während des laufenden Asylverfahrens, gestoppt werden. *„Das ist gefährlich, damit stoppt die Bundesregierung bewusst Integration und zerstört Perspektiven. Damit wird genau bei jenen Schlüsseln gespart, die Radikalisierung, lt. Expert/innen wie Prof. Dr. Pfeiffer verhindern. Ich appelliere daher an die Bundesregierung, hier auf einen Weg der Vernunft und Sicherheit zurückzukehren“*, so LR Anschöber.

Ausschlaggebend für Radikalisierungen generell sind lt. Psycholog/innen drei Ebenen: die psychische Ebene (Familie, Mobbing, Suche nach dem Sinn), die soziologische Ebene (Wunsch nach Zugehörigkeit zu einer Elite, geht automatisch mit der Abwertung anderer einher) und die ideologisch-theologische Ebene (Islamverständnis, Gehorsam, Angstpädagogik, Selbstwahrnehmung als Opfer). Wichtig seien daher neben der Verbesserung der Medienkompetenz, Präventionsmaßnahmen an Schulen sowie in der Community Arbeit mit den Eltern.

Schwerpunkte der Arbeit des Integrationsressorts im Bereich Deradikalisierung:

1. Integrationsoffensive und bewusste Entscheidung in OÖ für kleine Quartiere auch hier ein Vorteil

Bisher gibt es in OÖ kaum konkrete Tendenzen zu Extremismus in Flüchtlingsquartieren. So soll es auch bleiben! Im Gegensatz zu z.B. Deutschland haben wir in Oberösterreich von Beginn an auf kleine Quartiere gesetzt mit durchschnittlich rund 25 Personen – eingebettet in ein Netz aus professionellen und freiwilligen Flüchtlingsbetreuer/innen. Einerseits soll auf diese Weise Integration gelingen, andererseits können auch Auffälligkeiten, Veränderungen, Radikalisierungen rechtzeitig wahrgenommen werden.

2. Das „**Netzwerk Deradikalisierung**“ tagt unter der Leitung von Integrations-Landesrat Rudi Anschober mit allen Involvierten viermal jährlich sowie anlassbezogen, auch heute. Hier wird die Arbeit von Extremismus-Expert/innen, Exekutive, Schulbehörden, NGOs, Integrationsabteilung etc. vernetzt und koordiniert. Fixierte Maßnahmen v.a. in Richtung Immunisierung, Aufklärung und Sensibilisierung werden umgesetzt.
3. Neben der professionellen **Ausbildung** der Hauptamtlichen, steht auch den Freiwilligen über die Integrationsstelle OÖ ein kostenloses **Workshop**-Angebot zur Verfügung, z.B. „Gewalt und Gewaltprävention“ und „Umgang mit Traumatisierung“.
4. **Professionalisierung und Sensibilisierung aller Betreuer/innen in den Asylquartieren.** Durch Expert/innen und die Exekutive werden anhand von Praxistagen Themen aus dem Bereich Extremismus, Radikalisierung behandelt und damit für Bewusstsein gesorgt.
5. Wichtig ist, dass in jenen Einzelfällen, wo eine starke Traumatisierung oder auch Erkrankung – als Gefahr für Gewalt oder Radikalisierung – auftritt, auch gehandelt werden kann. Derzeit gibt es in OÖ schon **Therapieplätze** für Betroffene, jedoch viel zu wenige. LR Anschober: *„Hier müssen wir noch weitere Plätze aufstocken, um bei gefährdeten Personen rechtzeitig gegenlenken zu können.“*
6. Der „Koordinierte fremdenpolizeiliche Dienst“ der LPD OÖ dient auf Leitungsebene als Ansprechpartner für die in der Grundversorgung tätigen Organisationen. Seit 1. Juni 2016 arbeiten Polizist/innen des KFD mit den Quartieren regelmäßig zusammen, um Konflikte frühzeitig zu erkennen und Problemstellungen zu thematisieren.
7. **Sensibilisierungsmaßnahmen für Jugendliche** (mit/ohne Migrationshintergr.) **sowie Eltern** werden von diversen Stellen angeboten und unterstützt, etwa von ISK Institut für Soziale Kompetenz, Land der Menschen/ Rotes Kreuz, SOS Menschenrechte, Jugend im Dialog/ Volkshilfe.
8. **Extremismus-Hotline.** Die Beratungsstelle Extremismus ist eine bundesweite Anlaufstelle zum Umgang mit jeglicher Art des Extremismus und hilft bei der Erkennung schon erster Tendenzen im Bereich des Extremistischen. Die Beratung läuft multiprofessionell, mehrsprachig, anonym, vertraulich und kostenfrei.

9. Die **Polizeiliche Kriminalstatistik 2017** besagt, dass unter „Fremden“ die größte Gruppe gereiht nach Aufenthaltsstatus erneut jene ohne Beschäftigung war. Die Zahl der nicht rechtmäßig Aufhältigen unter den Tatverdächtigen ist 2017 um 1,7 Prozent gestiegen, wohingegen die Gruppe der Asylwerbenden prozentuell den größten Rückgang zu verzeichnen hat.

Auch beim wachsenden Rechtsextremismus genau hinschauen und handeln.

Seit Jahren steigen jedoch die Straftaten mit rechtsextremem oder rassistischem Hintergrund an, 2016 (letzter Sicherheitsbericht) gab es mit 1.313 Delikten einen neuen Anstieg um plus 13 Prozent. Allein in OÖ waren es 2016 242 Tathandlungen mit rechtsextremem, rassistischem, antisemitischem oder islamophoben Hintergrund, 190 Personen wurden nach aufgeklärten Tathandlungen zur Anzeige gebracht.

LR Rudi Anschober: *„Daher braucht (Ober)Österreich auch ein starkes Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus. Dies wurde vom Innenministerium angekündigt, aber bis heute nicht vorgelegt und umgesetzt.“*

Forderungen und weitere Schritte

LR Anschober: *„Radikalisierung – egal aus welcher Gesinnung heraus – kann nur gemeinsam vorgebeugt bzw. bekämpft werden. Dazu braucht es alle an einem Tisch und konstruktive, pragmatische Maßnahmen sowie eine rasche Umsetzung. Deutschförderklassen oder ein Kopftuchverbot stellen leider den falschen Ansatz dar, sie fördern bewusst den Ausschluss einer Gruppe und stigmatisieren. Schon bei der letzten Konferenz der Landesintegrationsreferent/innen wurde ein einstimmiger Beschluss für die gemeinsame Deradikalisierungs-Strategie gefasst, jetzt braucht es von Bundesseite die entsprechenden Schritte, Maßnahmen und Finanzierungen.“*

Wie kann man die **strafrechtlichen Konsequenzen** für das Asylverfahren verstärkt in das Gesetz bzw. das Bewusstsein bringen?

Perspektiven gerade auch für junge Asylwerber/innen schaffen: das Projekt Lehrstellen ausbauen - anstatt abzubauen und Betroffene abzuschieben.

Rückkehrberatung – Für rechtskräftig negativ beschiedene Personen bzw. illegal Aufhältige braucht es eine umfassende Rückkehrberatung und Unterstützung, um neue Perspektiven in der Aussichtslosigkeit des Negativbescheids zu schaffen.

Kriminologe Prof. Dr. Christian Pfeiffer: Studie „Zur Entwicklung der Gewalt in Deutschland. Schwerpunkte: Jugendliche und Flüchtlinge als Täter und Opfer“

Am Beispiel Niedersachsen hat Kriminologe Christian Pfeiffer gemeinsam mit Kolleg/innen im Auftrag des Bundesministeriums für Familie und Jugend eine Studie zur Flüchtlingskriminalität vorgelegt, wo Ursachen und mögliche Lösungsansätze dargestellt werden. Seine Hauptaussage: Asylsuchende, die keine Chance auf ein Bleiberecht haben, werden eher straffällig. Grundlage der Studie war der Anstieg der polizeilich registrierten Gewalttaten in Niedersachsen um 10,4 Prozent in den letzten Jahren, der überwiegend Flüchtlingen zurechenbar war. Pfeiffer erklärt dies einerseits mit dem Alter der Flüchtlinge, in dem Menschen generell verstärkt straffällig würden – und bei einem großen Teil der Flüchtlinge handelt es sich um junge Männer in genau dieser Altersspanne. Mitbedacht werden muss auch, dass Gewaltdelikte von Flüchtlingen aus unterschiedlichen Gründen mindestens doppelt so oft angezeigt würden wie die deutscher Täter. Eine weitere Rolle spiele die Unterbringung von Flüchtlingen unterschiedlicher Herkunft und Religion in beengten Unterkünften, was Gewalt begünstige.

Wie aber erklären sich erhebliche Unterschiede nach Herkunftsländern? Syrer z.B. fielen in Niedersachsen deutlich seltener negativ/ strafrechtlich auf als z.B. Menschen aus Marokko oder Algerien? Die Kriminologen sehen einen der Gründe in der Perspektivlosigkeit in dieser Gruppe, die überwiegend aus Männern zwischen 14 und 30 Jahren bestehe. Den Nordafrikanern wird schnell klar, dass sie – auch im Gegensatz zu Kriegsflüchtlingen aus Syrien – hier keine Chance bekommen und es auch nichts bringt, sich anzustrengen. Als Mittel gegen Gewalttaten von Flüchtlingen mahnen die Kriminologen eine bessere Prävention und Integration ein. Unter anderem solle es bessere Angebote wie etwa Sprachkurse, Sport und Praktika sowie Betreuungskonzepte für junge Flüchtlinge geben.